



HALLE ★ Die Stadt

## Antrag

Nummer: III/2003/02980  
Datum: 08.01.2003  
TOP 17  
Wiedervorlage:  
Aktz.:  
Bezug-Nr.:  
Abteilung/Amt/Fraktion HAL  
Sabine Wolff

Beratungsfolge	Termin	Status	Zustimmung	Veränderung	Ablehnung
Stadtrat	29.01.2003	öffentlich beschließend			

**Betreff: Antrag der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM - zur Uferbebauung Pfälzer Straße**

### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 129, Uferbebauung Pfälzer Straße wird gestoppt.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die im Flächennutzungsplan dafür ausgewiesenen Wohnbauflächen kostenneutral in Grünflächen umgewandelt werden können. Das Ergebnis der Prüfung wird dem Stadtrat in seiner Tagung am 26.02.2003 vorgelegt.

### Begründung:

Das Bauvorhaben wurde bereits in zwei Sitzungen des Gestaltungsbeirates vorgestellt, wobei u.a. die Lage des Bauvorhabens kontrovers diskutiert wurde. So ist es nicht von der Hand zu weisen, dass sich das Bauland im Überschwemmungsgebiet befindet. Das jüngste Beispiel zeigt, dass in diesem Gebiet jederzeit mit Hochwasser gerechnet werden kann, welches bei einer Wohnbebauung der Fläche Leib und Leben von Menschen gefährden kann. Nach fachlicher Auskunft kommen zusätzliche Kosten für die Stadt dann in jedem Fall durch den Einsatz von Feuerwehr und Rettungsdienst hinzu. Es ist nicht auszuschließen, dass seitens der Betroffenen Schadensersatzforderungen gegenüber der Stadt Halle geltend gemacht werden könnten.

Prävention ist wohl aus der Erfahrung mit Hochwasser heraus die naheliegende und einzige Möglichkeit Schaden von Mensch und Stadt abzuwenden. Anzumerken sei an dieser Stelle, dass nicht erst eine Überflutung der Flächen zum Schaden führt, sondern schon der Anstieg des Grundwasserspiegels durch hohe Wassermengen der Saale, so zeigte das jüngste Beispiel, dass selbst Keller am Robert-Franz-Ring seitens der Feuerwehr ausgepumpt werden mussten, wobei diese Straße nicht überflutet war. Prävention kann diesbezüglich nur bedeuten, dass von der Bebauung in Ufernähe zukünftig Abstand genommen wird, um nachhaltig Gefahren und Schäden zu vermeiden. Dies sollte im Übrigen ganzheitlich für die Stadt Halle (Saale) diskutiert werden.

gez. Sabine Wolff  
Stadträtin der HAL-Fraktion  
NEUES FORUM

**Antrag der Stadträtin Sabine Wolff , NEUES FORUM - zur Uferbebauung Pfälzer Straße  
Vorlage-Nr.: III/2003/02980**

---

**Stellungnahme zum Antrag**

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen

**Begründung:**

Das Instrument des Bebauungsplanverfahrens ist besonders gut geeignet, Vorhaben, die umstritten sind durch alle zu beteiligenden Fachbereiche und Träger öffentlicher Belange begutachten zu lassen und schließlich die vorgebrachten Anregungen gegeneinander abzuwägen, um schließlich die richtige (unanfechtbare) Entscheidung zu treffen.

Die nicht von der Hand zu weisenden Argumente der Stadträtin Wolff, die gegen eine Wohnbebauung sprechen, sollten im Verfahren geklärt werden. Zumindest sollte die Vorlage zum Aufstellungsbeschluss in den Fachausschüssen und im Stadtrat behandelt werden um einen Grundsatzbeschluss über die Bebaubarkeit des Grundstücks herbeizuführen.

Aus Sicht der Verwaltung ist eine Bebauung des Grundstücks in der vom Investor vorgeschlagenen Art möglich und führt zu einer städtebaulichen Aufwertung des Bereiches und einer Wohnumfeldverbesserung für die vorhandene Bebauung Pfälzer Straße 8 –13. Diese Auffassung wird auch vom Gestaltungsbeirat vertreten, der in seiner 3. Sitzung am 3. Juni 2002 die Empfehlung zur Umsetzung dieses Projektes gab.

Das Gutachten über den Ausgleich des vorhandene Retentionsraum für die Saale wird durch den Investor erbracht. Durch die Art der vorgesehenen Bebauung wird berücksichtigt, dass sie im Überschwemmungsgebiet liegt.

Es obliegt dem Stadtrat, den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan zu fassen oder abzulehnen; er sollte auf eine Ablehnung des Verfahrens, bevor er durch die Vorlage (die sich zur Zeit in der Phase der Dezernatsbeteiligung befindet) vom Sachstand Kenntnis erlangt hat, verzichten.

i.V. Eberhard Doege  
Tepasse  
Beigeordneter für Planen,  
Bauen und Straßenverkehr